

Der Bundesminister für europäische
und internationale Angelegenheiten

Dr. Michael Spindelegger

XXIV. GP.-NR
1826 /AB

23. Juni 2009

zu 1803 /J

15. Juni 2009

GZ.BMeiA-AT.90.13.03/0024-VI/2009

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Mag.^a Barbara PRAMMER
Parlament
1017 Wien

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Andreas Karlsböck, Kolleginnen und Kollegen haben am 23. April 2009 unter der Zl. 1803/J-NR/2009 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend "gesundheitsfördernder Maßnahmen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ministerium" gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3 und 6:

Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMeiA) setzt in Form von Schwerpunktaktionen eine Reihe von gesundheitsfördernden Maßnahmen wie etwa Impfungen gegen Grippe, FSME, Hepatitis, Tetanus, Polio, Diphtherie und Pertussis. Darüber hinaus werden Sehtests, Lungenfunktionstest, Wirbelsäulenuntersuchungen, Gesundenuntersuchungen, Übungen zur Vorbeugung von Wirbelsäulenschäden und erweiterte arbeitspsychologische Betreuungen angeboten. Die Bedeckung der auflaufenden Kosten erfolgt zum überwiegenden Teil aus der Finanzposition „Freiwillige Sozialleistungen“.

Einige gesundheitsfördernde Maßnahmen erfolgen in Kooperation mit anderen Ressorts. Weiters besteht für die Bediensteten des BMeiA die Möglichkeit der Teilnahme an jenen Gesundheitstagen und Vorträgen, die vom Bundeskanzleramt organisiert werden.

./2

Zu den Fragen 4 und 5:

Die bisher gesetzten Maßnahmen im Bereich der betrieblichen Gesundheitsförderung wirken sich positiv auf den Gesundheitszustand und das Wohlbefinden der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Ressorts aus. Die diesbezüglichen Angebote werden von den Bediensteten ausdrücklich begrüßt und in zunehmendem Ausmaße genutzt.

Die von meinem Ressort angebotenen gesundheitsfördernden Maßnahmen wurden fortlaufend eingeführt und erweitert, sodass kein bestimmter Stichtag besteht, der einer Analyse der Entwicklung der Krankenstandsmeldungen zugrunde gelegt werden könnte.

Ich verweise zudem auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Zl. 1802/J-NR/2009 vom 23. April 2009 durch den Herrn Bundeskanzler.

